

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

27.01.2023

Inhalt

EWN

| | |
|--|---|
| 1 Zweites LNG-Terminal geplant <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 27.01.2023</i> | 3 |
| 2 LNG-Terminal des Bundes entsteht fünf Kilometer vor Rügens Küste <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 27.01.2023</i> | 4 |
| 3 Justizministerin hält Dokumente geheim <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 27.01.2023</i> | 6 |
| 4 Probleme: Löhne und Infrastruktur <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 27.01.2023</i> | 7 |

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 27.01.2023 | S. 1

📄 Auflage: 27.664 | Reichweite: 70.189

👤 Martina Rathke

LNG-PROJEKT IN DER OSTSEE

Zweites LNG-Terminal geplant

Rügen: Neben einer Pipeline auch ein oder zwei Anlegetower vorgesehen

Für das zweite LNG-Terminal in der Ostsee sollen neben einer Pipeline auch ein oder zwei Anlegetower unmittelbar vor der Küste von Rügen errichtet werden. Das geht aus den Antragsunterlagen hervor, die der Energiekonzern RWE für den Bau einer etwa 40 Kilometer langen Pipeline beim Bergamt Stralsund eingereicht hat. Die etwa 20 Meter hohen Plattformen für die Regasifizierungseinheiten (FSRU) mit Entladeplätze für bis zu vier LNG-Tanker könnten demnach etwa fünf Kilometer vor Sellin entstehen. Konkret will der Bund ab Ende 2023 dort eine FSRU nutzen. Das schwimmende LNG-Terminal des Bundes soll Deutschland nach dem Wegfall russischer Gaslieferungen mit Gas versorgen. Ausgehend von den Anlegetowern ist eine 40 Kilometer lange Pipeline quer durch den Greifswalder Bodden nach Lubmin geplant.

Die Leitung hat eine Jahreskapazität von 35 Milliarden Kubikmeter Gas. Über die neue Pipeline könnte damit rein theoretisch die siebenfache Menge Gas des LNG-Terminals der Deutschen Regas in das europäische Fernleitungsnetz eingespeist werden. Mit der OAL würde die fünfte Pipeline durch das sensible Küstengewässer gezogen werden, parallel zu den vier Röhren der Nord Stream 1 und Nord Stream 2. Der Bund schließt die Nutzung der Nord Stream-Pipelines für das Vorhaben aus, so eine Sprecherin des Bundeswirtschaftsministeriums.

Die Rohre für die neue Pipeline entsprechen von der Konfiguration her den unverbauten Rohren der Nord Stream 2, die in Sassnitz lagern. Ob diese möglicherweise genutzt würden, will das Bundeswirtschaftsministerium nicht kommentieren. Lokales

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 27.01.2023 | S. 14

 Auflage: 27.664 | Reichweite: 70.189

 Martina Rathke

ENERGIEKRISE

LNG-Terminal des Bundes entsteht fünf Kilometer vor Rügens Küste

Der Bund will zum Winter 2023/24 Flüssiggas über Lubmin anlanden. Neben einer Pipeline soll dazu nahe der Insel Rügen ein Anlegetower für die Schiffe gebaut werden. Sellins Bürgermeister fordert guten Schallschutz.

Die Planungen für den Bau eines zweiten LNG-Terminals, das der Bund vor der Küste Rügens betreiben will, werden immer konkreter. Demnach wird die Anlage wesentlich größer als das Terminal der Deutschen Regas. Das geht aus den Antragsunterlagen hervor, die inzwischen dem Bergamt Stralsund vorliegen.

So sieht das Projekt, das der Energiekonzern RWE im Auftrag des Bundes vor dem Winter 2023/2024 fertigstellen soll, neben einer 40 Kilometer langen Pipeline einen oder zwei Anlegetower für Schiffe in der Ostsee vor, die etwa fünf Kilometer vor Sellin (Insel Rügen) in dem etwa 18 Meter tiefen Wasser errichtet werden sollen.

Für den Bund soll dort zunächst eine FSRU (Regasifizierungseinheit) mit einer Kapazität von bis zu 7,5 Milliarden Kubikmeter Erdgas pro Jahr in Betrieb genommen werden, so RWE-Sprecher Jan-Peter Cirkel. Mit einer Jahreskapazität von bis zu 35 Milliarden Kubikmeter könnte aber über die beantragte, knapp 40 Kilometer lange Pipeline (Ostsee-Anbindungs-Leitung/OAL) deutlich mehr Erdgas in Lubmin angelandet und in das westeuropäische Fernleitungsnetz eingespeist werden.

Die Deutsche Regas, die derzeit mit Shuttle-Schiffen das LNG in den Hafen nach Lubmin transportiert, kann sich vorstellen, künftig die Infrastruktur des Bundes mit zu nutzen. Man sei in guten Gesprächen mit Bund und RWE, so Regas-Aufsichtsratschef Stephan Knabe. Der Gastransport per Pipeline sei die „umweltschonendste und wirtschaftlichste Variante“.

Die etwa 20 Meter hohen Anlegetower in der Ostsee vor Sellin, die ähnlich wie Offshore-Windkraftanlagen im Boden verankert werden sollen, sind im Gegen-

satz zur Pipeline noch nicht beantragt. Den vorläufigen Planungen zufolge sollen sie als Anlegeplatz für die FSRU dienen. Demnach könnten pro Tower parallel zwei LNG-Schiffe entladen werden, also insgesamt vier.

Vertreter von RWE hatten sich in dieser Woche hinter verschlossenen Türen mit Bürgermeistern der Ostseegemeinden auf Rügen getroffen, um die Planungen, die nach dem LNG-Beschleunigungsgesetz genehmigt werden sollen, vorzustellen. RWE-Mann Cirkel spricht von „konstruktiven und vertrauensvollen Gesprächen“. Sellins Bürgermeister Reinhard Liedtke (Wählergemeinschaft) ebenfalls. „Die Gemeinde wird keinen Widerspruch gegen das Projekt einlegen“, so der Gemeindechef. Die Handlungsspielräume seien mit dem LNG-Beschleunigungsgesetz sowieso begrenzt.

Allerdings dringt das Ostseebad auf einen hohen Schallschutz. „Wir wollen verhindern, dass hier dasselbe passiert wie in Lubmin.“ Dort hatten Anwohner über den vom FSRU-Schiff ausgehenden Lärm geklagt. Die Rügener Gemeinden fordern zudem einen finanziellen Zuschuss, um elektronische Infotafeln für die Urlauber und Einheimische aufzustellen. Von 500 000 Euro war die Rede.

Einer Studie des NewClimate Institute zufolge ist die Kapazität der in Deutschland geplanten LNG-Terminals überdimensioniert. Auch Bürgerinitiativen in Vorpommern kritisieren den Ausbau. „Der Winter 2023/24 wird die größte Herausforderung für die Gasversorgung Deutschlands“, begründet RWE-Sprecher Jan-Peter Cirkel den Bau eines zweiten LNG-Terminals vor der deutschen Ostseeküste. Anders als in diesem Winter werde Deutschland nicht mehr von russischen

Gaslieferungen zehren können, die bis Sommer 2022 über die Nord Stream 1 angelandet wurden. Mit der OAL würde dann die fünfte Pipeline durch das sensible Küstengewässer gezogen werden, parallel zu den vier Röhren der Nord Stream 1 und Nord Stream 2. Der Bund schließt eine Nutzung der verlegten Nord Stream-Pipelines für das Vorhaben aus, so eine Sprecherin des Bundeswirtschaftsministeriums. Allerdings wird darüber spekuliert, dass für die neue Pipeline die unverbauten Rohre der Nord Stream 2 genutzt werden könnten. Das Bundeswirtschaftsministerium will das nicht kommentieren.

Der Zeitplan für das LNG-Projekt des Bundes ist ambitioniert: Nach ersten bauvorbereitenden Arbeiten an Land hofft RWE zeitnah mit einer Genehmigung für den landseitigen Pipelinetunnel. Für die Pipeline wurden am 28. Dezember die Anträge beim Bergamt Stralsund gestellt. „Wir bearbeiten das Projekt in einem Planfeststellungsverfahren nach dem LNG-

Beschleunigungsgesetz und verkürzten Auslegungszeiten und Öffentlichkeitsbeteiligung“, so Bergamtsleiter Thomas Triller. RWE will Anfang Mai - nach der Heringslaichzeit - mit dem Bau der Trasse starten. Im Herbst soll die Pipeline fertiggestellt sein.

Den Standort der geplanten Anlegetower vor der Küste Rügens bezeichnet RWE als „bestmögliche Schnittmenge aller zu berücksichtigenden Faktoren“. Benötigt werde eine Wassertiefe von 18 Metern, Mindestabstände zu Schifffahrtsstraßen müssten eingehalten werden. Die Pipeline verlegen soll eine alte Bekannte: Die „Castoro 10“ des italienischen Offshore-Tech-Konzerns Saipem. Das Schiff hatte bereits die Nord-Stream-Röhren im Greifswalder Bodden verlegt.

Zitat-Text:

„Wir wollen verhindern, dass hier dasselbe passiert wie in Lubmin.“ - Reinhard Liedtke, Bürgermeister von Sellin

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 27.01.2023 | S. 05-SEITE 5

📄 Auflage: 17.219 | Reichweite: 47.760

Justizministerin hält Dokumente geheim

Geheimsache Klimaschutzstiftung MV: Justizministerin Jacqueline Bernhardt (Linke) verweigert die Herausgabe von Dokumenten der Stiftung. In der Fragestunde des Landtages hatte Grünen-Abgeordnete Constanze Oehrich nach den Inhalten der Jahresabrechnung, der Vermögensübersicht sowie des Berichtes über die Erfüllung des Stiftungszweckes gefragt. Die Antwort der Ressortchefin: „Ich bitte Sie um Verständnis, dass ich über den Inhalt der Unterlagen öffentlich nichts sagen kann. Die Unterlagen unterliegen

dem Stiftungsgeheimnis.“ Der Bericht könne aber vertraulich dem Rechtsausschuss übergeben werden.

Oehrich verwies darauf, dass ihrer Ansicht nach die Stiftung eine öffentliche Aufgabe wahrnahm. Dies hätten auch Gerichte längst festgestellt. An der Verwendung dieser öffentlichen Mittel bestehe ein hohes öffentliches Informationsinteresse. Dies müsse Berücksichtigung finden. Sie erwarte durch die Unterlagen Antworten über eine Kooperation mit russischen Geschäftspartnern des Projekts Nord Stream 2.

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 27.01.2023 | S. 8

 Auflage: 27.664 | Reichweite: 70.189

 Frank Pubantz

OZ-FORSA-UMFRAGE

Probleme: Löhne und Infrastruktur

Bürger sagen, welche Themen die Politik in Mecklenburg-Vorpommern verstärkt anpacken sollte

Zu niedrige Löhne - das beschreiben viele Teilnehmer der Forsa-Umfrage für die OZ als wichtigstes Problem, das in MV gelöst werden muss. 25 Prozent gaben dieses Thema von sich aus als das drängendste an - Mehrfachnennungen möglich.

Als problematisch werden auch der Zustand des Personennahverkehrs (24 Prozent) benannt, gefolgt von Lage am Arbeitsmarkt (23), Infrastruktur (21) oder wirtschaftlicher Lage. Die Energieversorgung - aktuell großes Thema - sehen nur sieben Prozent der Befragten als Problem an. Damit steht für den Rostocker Politikwissenschaftler Prof. Wolfgang Muno vor allem die sozio-ökonomische Lage der Bevölkerung im Mittelpunkt. Menschen seien aufgrund der Krisen verunsichert. „Subjektiv sehen viele ihre Lage schlechter als sie objektiv ist“, so Muno. „Die Menschen vergleichen sich mit anderen Regionen und sehen, dass MV kaum vorwärtskommt.“ Problematisch sei eben, dass es in vielen Bereichen im Land immer noch niedrige Löhne gebe, etwa in Tourismus oder Pflege. Industriearbeitsplätze seien dagegen in MV Mangelware.

Worum sollte sich die Landespolitik besonders küm-

mern? Zu dieser Frage konnten Befragte auswählen. Ganz vorn: eine gute Bildungspolitik mit 88 Prozent Nennungen, gefolgt von Gesundheitsversorgung im ganzen Land (82), Ausbau von Bus- und Bahnverbindungen (76) und Förderung der Wirtschaft (72).

Die Umfrage zeige: Die Menschen erkennen, wo Politik wirklich handeln kann, so Muno. „Beunruhigend“ finde er dagegen, dass das Thema Klimaschutz als „größte Herausforderung unserer Zeit“ mit 53 Prozent vergleichsweise gering gewichtet wird. Interessant: Die Bewältigung der Corona-Krise sehen nur 14 Prozent der Befragten noch als dringend anzupackendes Problem an.

Welche Bedeutung haben einzelne Wirtschaftsbranchen für MV? 97 Prozent der Befragten geben die Landwirtschaft an, gefolgt von Handwerk (95), Gesundheitswesen (91) und Tourismus (90). Die Werften kommen auf 68 Prozent.

„Bemerkenswert“ sei die Landwirtschaft auf Platz eins, so Muno, da ihr Stellenwert bundesweit ja nicht so hoch liege. „Das zeigt noch einmal deutlich die strukturellen Probleme im Land.“